Ausgehen und öffentliche Sicherheit

Autor(en): **Werse, Bernd**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **SuchtMagazin**

Band (Jahr): **47 (2021)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-977269

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ausgehen und öffentliche Sicherheit

2021-3&4
Jg. 47
S. 44 - 48

Dieser Artikel präsentiert Handlungsempfehlungen im Umgang mit urbanen Ausgeh-Umfeldern für die Soziale Arbeit und die (Sucht-)Prävention. Die ausgewählten Empfehlungen stammen aus dem deutsch-französischen Forschungsverbund «DRUSEC» (Drugs and Urban Security) und konzentrieren sich in erster Linie auf Massnahmen, die auf einen sicheren Konsum (Safer Use) und Schadensminderung (Harm Reduction) ausgerichtet sind. Der Alkoholkonsum stellt das weitaus grösste Risiko für die öffentliche Sicherheit dar und ist deshalb bei Präventionsmassnahmen besonders zu berücksichtigen.

BERND WERSE
Dr. phil., Goethe-Universität, FB Erziehungswissenschaften, Centre for Drug Research, Theodor-W.-Adorno-Platz 6, D-60323 Frankfurt a.M., Tel. +49 (0)69 798 36 38 6, werse@em.uni-frankfurt.de, www.uni-frankfurt.de/cdr
Unter Mitarbeit von Svea Steckhan, Susanna Prepeliczay, Luise Klaus, Christina Padberg, Mélina Germes, Volker Auwärter, Gerrit Kamphausen, Anna Dichtl, Aaron Zielinski, Daniela Jamin, Josephin Wandt, Léon von der Burg, Heino Stöver und Henning Schmidt-Semisch

Einleitung

Wichtige theoretische Grundlage des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Agence Nationale de la Recherche (ANR) geförderten «DRUSEC»-Konsortiums war das Konzept von gesellschaftlich geprägten «Drogenräumen» (drug places), das auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Geographie und Sozialwissenschaft rekurriert. Dabei stehen geographische Gebiete im Fokus, die subjektiv und/oder objektiv Schwerpunkte des Konsums psychoaktiver Substanzen darstellen.

«Drug Places» umfassen dabei nicht nur die geographischen bzw. architektonischen Gegebenheiten, sondern auch die Bedeutungen, die bestimmte Personen oder Gruppen damit assoziieren, sowie die Art der sozialen Aneignung dieser Räume.

Ziel des Forschungsverbundes DRUSEC war es, mit Hilfe von quantitativen und qualitativen Erhebungen, empirisch fundierte Empfehlungen für die Politik, städtische Verwaltungen, Strafverfolgungsbehörden sowie Drogenhilfe und -prävention zu erarbeiten. Die nachfolgend erläuterten Handlungsempfehlungen zu Ausgehsettings beziehen sich schwerpunktmässig auf Stadtgebiete mit hoher Konzentration an Lokalen, die durch exzessiven Alkoholkonsum geprägt sind sowie auf Clubs/Diskotheken mit hohem Konsum illegalisierter[1] Substanzen. Damit soll zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit für das Ausgehpublikum, anderweitig Beteiligte und Aussenstehende beigetragen werden.[2]

Als wesentliches Ergebnis des gesamten Forschungsprojektes sei an dieser Stelle hervorgehoben, dass die meisten Massnahmen nur in enger Abstimmung mit AkteurInnen aus dem Stadtteil selbst möglich sind. Ein effektiver Umgang mit urbanen Ausgeh-Umfeldern kann nur unter der Prämisse gelingen, konkrete Anliegen gemeinsam im jeweiligen Stadtteil zu bearbeiten und Lösungen für das Viertel zu entwickeln, die von mehr als einer Interessengruppe getragen werden.

Wenn auch der Begriff «Drogen» im Rahmen des Forschungsprojekts sowohl illegalisierte als auch legale Drogen (insbesondere Alkohol) zusammenfasst, werden im Ergebnis zentrale Unterschiede deutlich:

Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit dem Konsum illegalisierter Drogen bestehen in erster Linie für die konsumierenden Personen selbst, da sie aufgrund fehlenden Wissens um Zusammensetzung und Inhalt der Drogen oft die geeignete Dosis und (Wechsel-)Wirkungen nicht kennen und dadurch gesundheitliche Schäden davontragen können. Repressive Massnahmen, wie z. B. Razzien in Clubs, können diese Risiken noch erhöhen. Daher stehen in diesem Bereich Massnahmen zur Prävention und Schadensminderung im Vordergrund; für die Strafverfolgung wurde dementsprechend auch ein Abbau repressiver Massnahmen empfohlen (Steckhan & Werse 2021).

Neben den gesundheitlichen (akuten wie langfristigen) Risiken, die durch den Konsum der legalen Droge Alkohol entstehen, wurde bei exzessivem Alkoholkonsum, gemäss den DRUSEC-Erhebungen, von praktisch allen untersuchten Akteursgruppen ein Zusammenhang zu Aggression und Gewaltdelikten festgestellt. Die durch den Alkoholkonsum bedingte Enthemmung und die verringerte Zurechnungsfähigkeit in Kombination mit einer räumlichen Enge in Ausgehvierteln führen dazu, dass banale Gründe zu Anlässen für Schlägereien werden und die physische Nähe für sexualisierte Übergriffe genutzt wird. Hinzu kommt, dass Alkoholisierte besonders gefährdet sind, Opfer von Eigentumsdelikten im öffentlichen Raum zu werden. Darüber hinaus fiel bei den Feldforschungen auf, dass insbesondere in «alkohollastigen» Ausgehvierteln «eklige» Szenerien (z. B. Erbrochenes), Vermüllung und Lärmbelästigung häufig als «Sicher-

heitsrisiken» genannt wurden, die im Vergleich zu aggressionsbedingten Risiken oft als störender empfunden wurden.

Die folgenden Empfehlungen konzentrieren sich in erster Linie auf Massnahmen, die auf einen sicheren Konsum (Safer Use) bzw. auf die Schadensminderung (Harm Reduction) ausgerichtet sind, sowohl für den Alkohol- als auch anderweitigen Drogenkonsum. Im Zusammenhang mit Alkohol werden zudem Massnahmen zur Deeskalation von Konflikten und dem Schutz von BesucherInnen von Ausgehvierteln vor Übergriffen diskutiert. Zusätzlich werden in Kurzform einige generelle Massnahmen zur politischen und stadtplanerischen Reduktion von Risiken empfohlen.[3]

Empfehlungen zu Prävention und Risikominderung

Alkoholbezogene Risikominderung

Exzessiver Alkoholkonsum («Rauschtrinken») ist vor allem bei jungen Erwachsenen verbreitet (Seitz et al. 2019). Dieser senkt die Hemmschwelle für riskante Verhaltensweisen und den zusätzlichen Konsum illegalisierter Drogen, woraus gesundheitliche und soziale Sicherheitsrisiken resultieren. Insbesondere im Umfeld von «Feiermeilen» und ähnlichen Ausgehvierteln ist für diese Personengruppe die Ausschöpfung einer möglichst kostengünstigen Versorgung typisch, da oft wenig Geld für teure Drinks in Bars und Diskotheken zur Verfügung steht. Nicht selten ist dabei eine Bevorratung mit selbst- bzw. fertiggemischten Alkoholmixgetränken, die ausserhalb von Diskotheken und Tanzclubs in Seitenstrassen oder Ecken gelagert und konsumiert werden, der Erwerb alkoholischer Getränke in Kiosken und deren Konsum im öffentlichen Raum sowie Besuche in sog. Flatrate-Bars mit kostengünstigem Alkoholverzehr.

Nach den Erfahrungen von Polizei und Sicherheitsdienten sind alkoholisierte Personen regelmässig an nächtlichen Vorfällen beteiligt, die aus alkoholbedingter Aggressivität und sog. Rohheitsdelikten (Beleidigungen, Pöbelei, Rempeln) oder banalen Gründen (Gedränge, Konkurrenzverhalten) entstehen und häufig zu Gewalt eskalieren (Schlägereien, Körperverletzung). Zudem sind auf den Feiermeilen zuweilen junge hilflose Personen im Vollrausch anzutreffen, die damit Tatgelegenheiten bieten und nicht selten Opfer von Gewalt, Diebstählen, Raub oder Sexualdelikten werden. Angesichts dieser Sicherheitsrisiken ist anzuraten, die Prävention alkoholbedingter Straftaten und Viktimisierungserfahrungen deutlich stärker als bislang in den Fokus zu stellen.

Die AutorInnen empfehlen Aktivitäten zur alkoholbezogenen Prävention und Risikominderung, die auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol und auf die Fähigkeiten zur Konsumkontrolle abzielen, um gesundheitliche Schädigungen und soziale Sicherheitsrisiken in urbanen Ausgehkontexten zu reduzieren. Präventive Ansätze mit mehreren Komponenten sind zu empfehlen, die sich sowohl an exzessiv Konsumierende als auch an das Personal von Lokalen mit Alkoholausschank richten. Dabei sollen junge Alkoholkonsumierende in entsprechenden Bars und Lokalen angesprochen werden, um durch Information und Austausch zur Reflexion des Konsumverhaltens und der Konsummotivation anzuregen sowie das individuelle Risikobewusstsein zu fördern. Die empfohlene Massnahme setzt den Einbezug und die Mitwirkung von Betreibenden und Thekenpersonal solcher Ausgehlokale voraus. Auch für Kioske in der Nähe von Ausgehvierteln wäre die Sensibilisierung für alkoholbedingte Risiken sowie die Durchführung von Schulungen zur Suchtprävention, zur Risikominderung, zur Deeskalation sowie zur Erstversorgung unterstützenswert.

Risikominderung bei Partydrogen

Der Konsum von sog. Partydrogen wie Cannabis, Ecstasy, Kokain, Amphetaminen, Ketamin und Psychedelika (LSD, Psilocybin) ist vor allem in Ausgeh-Settings mit elektronischer Tanzmusik verbreitet, teilweise aber auch in anderen Musikszenen. Aus Sicht von Präventionsfachkräften fehlt jungen Konsumierenden oftmals das Hintergrundwissen über Partydrogen und ihre (Wechsel-)Wirkungen als Grundlage für die Risikominderung beim Konsum bzw. das Know-how für einen sicheren Gebrauch (Safer Use). Nicht selten werden «Partydrogen» in hohen Dosierungen, häufiger noch in Form von Mischkonsum konsumiert, wobei Alkohol und illegalisierte Drogen zugleich, u. a. aufgrund unbekannter Wirkstoffgehalte, unberechenbare Wirkungen hervorrufen können, was Notfälle zur Folge haben kann (Werse et al. 2020).

Um akute Krisen sowie gesundheitliche Risiken zu vermeiden, besteht Handlungsbedarf. In vielen Grossstädten (z. B. Münster, Kiel, Frankfurt, Hamburg) wird das Publikum elektronischer Tanzveranstaltungen durch zielgruppenorientierte Angebote der Risikominderung vor Ort erreicht. Bewährt hat sich der Ansatz von sog. Party-Projekten (z. B. Frankfurt: Alice-Project/Safe Party People, Potsdam: ChillOut, München: Mindzone, Hamburg: Vivid safer nightlife), wobei die meisten dieser Projekte unterfinanziert und massgeblich auf ehrenamtliche Mitarbeitende angewiesen sind, was ihre Kontinuität gefährdet.

Im Hinblick auf den Partydrogenkonsum sind zielgruppenorientierte Aktivitäten der Risikominderung in Party-Settings zu empfehlen, die Konsumierende vor Ort durch kompetente Informationen und Beratungsgespräche zu Safer Use erreichen und darüber hinaus direkte Kriseninterventionen für Betroffene anbieten.

Safer-Use-Materialien und Drug-Checking

Wir empfehlen, Safer-Use-Materialien und Informationen flächendeckend und verpflichtend in Clubs, Diskotheken und ähnlichen Lokalitäten zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Empfehlung umfasst die Bereitstellung von Informationsmaterialien zum Alkoholkonsum (Langzeitfolgen, Risiken übermässigen Konsums), da diese Substanz am stärksten im Nachtleben verbreitet ist. Zudem sorgt der Alkoholkonsum selbst wie auch die mit Alkohol verbundene Gewalt und/oder (sexuellen) Belästigungen mit Abstand am häufigsten für Sicherheitsrisiken.

Es wird empfohlen, im Kontext von Tanzveranstaltungen in Clubs oder auf Grossveranstaltungen, anonyme Möglichkeiten zur chemischen Analyse illegalisierter Drogen für Konsumierende vor Ort bereitzustellen, um akute Risiken einer Überdosierung zu verringern (Drug-Checking). Solche Schnelltest-Labore könnten die empfohlenen Aktivitäten zur Risikominderung in Party-Settings flankieren. Daneben sollten die empfohlenen Informations- und Präventionsangebote für Partydrogen in die Betriebe integriert werden. Durch Informationsplakate sowie

mit Aushängen der Testergebnisse von Drogenanalysen könnten auch Konsumierende erreicht werden, die das Angebot des Drug-Checking selbst nicht nutzen.[4]

Krisenintervention für nicht-lebensbedrohliche Drogennotfälle

Es wird empfohlen, das Konzept von «psychedelischen Ambulanzen» respektive Krisenintervention im Zusammenhang mit betreuten Chillout-Areas in Clubs umzusetzen; dies betrifft insbesondere grössere, bis in den nächsten Tag reichende Clubveranstaltungen. Das Personal dieser Angebote sollte geschult sein:

- Krisenintervention direkt vor Ort durchzuführen («Runterreden» in geschütztem Bereich, Bereitstellung von Getränken etc.) und
- zu entscheiden, ob eine Person in einer konsumbedingten Krise ggf. medizinische Hilfe benötigt.

Schulungen für Mitarbeitende in Clubs

Für alle Mitarbeitenden in Clubs sowie möglichst auch in entsprechenden Locations auf Feiermeilen sollten regelmässige, verpflichtende und bezahlte Schulungen stattfinden. Dabei sollten unterschiedliche und unmittelbar sicherheitsrelevante Themen angesprochen werden, insbesondere Substanzkonsum und dessen Risiken (inklusive Safer Use) sowie Belästigungen/Übergriffe, aber auch Antidiskriminierung (z.B. bezogen auf Türpolitik) oder Safer Sex. Hier gab es – als Einzelveranstaltungen – schon konkrete Vorbilder, die von den Mitarbeitenden gut angenommen wurden.

Awareness-Konzepte für Nightlife-Umfelder

Anzuraten ist eine Etablierung und Ausweitung von Awareness-Konzepten in «alkohollastigen» Ausgehvierteln, mittels derer eine gewaltfreie Feierkultur und eine friedliche Partyatmosphäre geschaffen werden sollen. Unter Mitwirkung der Veranstaltenden und des Personals von Tanzclubs, Bars und Partys können Awareness-Teams u.a. aktiv gegen sexuelle und rassistische Diskriminierung vorgehen und ein auf Respekt und Toleranz basierendes Sozialverhalten in Party-Settings fördern, indem sie auch abseits des Sicherheitspersonals an der Tür auf schwierige Situationen und Krisen mit Gesprächen und Deeskalation reagieren und Betroffenen ggf. benötigte Unterstützung und Schutzräume anbieten. Ziel ist es, Beeinträchtigungen der Gäste und der Feieratmosphäre aufgrund von zwischenmenschlichen Konflikten, sexueller Belästigung bzw. Übergriffen, Gewalt sowie übermässigem Alkohol- bzw. Drogenkonsum zu reduzieren und durch kompetentes Krisenmanagement zur Risikominderung und Gewaltprävention beizutragen. Bereits existierende ehrenamtliche Zusammenschlüsse, die Awareness-Teams ausbilden sowie Club- und Partypersonal schulen, sollten finanziell unterstützt werden, damit der Bedarf auf den Feiermeilen gedeckt werden kann.

Strassensozialarbeit Safer-Nightlife

In Ergänzung zu Awareness-Konzepten wird empfohlen, in Clubs und Bars Angebote für die Strassensozialarbeit im Nachtleben zu schaffen (auch im Aussenbereich) oder bereits existierende Strukturen weiter auszubauen und finanziell zu fördern.

Qualifizierte Teams der Jugendarbeit können für Rundgänge eingesetzt werden,

um gefährdete Jugendliche bzw. Personen in akuten Risikolagen anzusprechen. Zudem sind Angebote in Beratungsbussen an strategischen Stellen zu empfehlen, um vor Ort direkte Kriseninterventionen und Beratungen zu ermöglichen. Vor allem sollten Sozialarbeitende an konfliktbeladenen Ausgehorten mittels eines nicht-repressiven Konfliktmanagements deeskalierend eingreifen. Ein gezieltes Herantreten an Feiernde, um für Störungen aufgrund von Müll und/oder Lärm zu sensibilisieren, könnte diese Massnahme ergänzen.

Spezialisierte Partydrogen-Beratungsstellen für junge Erwachsene
Wenn bei jungen Erwachsenen aufgrund von Partydrogenkonsum Probleme auftreten, steht ihnen mancherorts keine hierauf spezialisierte Beratungsstelle zur Verfügung. Bestehende Drogenberatungsstellen richten sich oftmals v.a. an Menschen mit einer Opioidabhängigkeit bzw. mit einer chronischen Mehrfachabhängigkeit, oder sie sind als Jugend- und Drogenberatungsstellen stark auf die Bedürfnisse Jugendlicher ausgerichtet. Probleme mit Partydrogen können jedoch andere Formen annehmen als Abhängigkeiten von Opioiden, Cannabis, Alkohol o.ä.

Daher ist die Einrichtung von auf Partydrogenkonsum spezialisierten Präventions- und Beratungsstellen zu empfehlen. Ratsam wären eine konzeptionelle Ausrichtung auf die Suchtprävention sowie auf die Risikominderung (Safer Use) und die Bereitstellung geeigneter Informationen. Zusätzlich braucht es qualifizierte Angebote zur anonymen Einzelberatung sowie Informationsveranstaltungen für junge Menschen, die in altersspezifischen Kontexten nutzbar sind.

Empfehlungen für Politik und Gesellschaft[5]

Steuerung von Gewerbe- und Konzessionsvergabe und Regulierung des Unterhaltungsangebots
Anlässlich einer gewissen Tendenz zu Lokalen mit preisgünstigem Alkoholausschank (z.B. «Flatrate-Bars») sowie nächtlich betriebenen Kiosken mit Alkoholverkauf in manchen «alkohollastigen» Stadtvierteln, plädieren die AutorInnen für eine auf lokale Gegebenheiten zugeschnittene Steuerung von Gastgewerben, Lokalen und Verkaufsangeboten anhand einer strategisch ausgerichteten Konzessionsvergabe, d.h. eine deutliche Einschränkung der Konzessionen für solche Angebote.

Zudem wird empfohlen, eine den lokalen Gegebenheiten angepasste Diversifizierung abendlicher Unterhaltungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen vorzunehmen. Ausserhalb der Gastronomie wäre zudem eine Reglementierung der günstigen Abgabe von Alkohol in den Nachtstunden zu erwägen.

Frühere Einlasszeiten von Tanzclubs
Zu empfehlen sind frühere abendliche Öffnungszeiten ab 20 Uhr für Diskotheken und Tanzclubs, wie beispielsweise bei Live-Konzerten. Somit könnte u.a. eine bessere zeitliche Verteilung von tanzfreudigem Publikum unterschiedlicher Couleur und Präferenzen erreicht werden.

Richtlinien zum Umgang mit illegalen «Raves» im öffentlichen Raum
Nichtangemeldete Veranstaltungen, wie illegale «Raves», sollten von der Polizei nicht aufgelöst werden, solange keine

schwerwiegenden Sicherheitsrisiken sowie keine massiven Eingriffe in den Strassenverkehr vorhanden sind oder es zu keinen unverhältnismässigen Lärmbelästigungen von Dritten kommt.

Glasflaschenverbote

Nach dem Vorbild der Hamburger Reeperbahn wird ein Glasflaschenverbot für vergleichbare Ausgehumfelder in anderen Städten empfohlen.

Raumschaffung und Eindämmung urbaner Aufwertungsprozesse

Leerständen und der Aufwertung von Wohn- und Gewerbegebäuden sollte in Städten stärker entgegengewirkt werden, u.a. um Treffpunkte der Nachbarschaft und (weitere) bestehende Kulturräume, insbesondere unabhängige sowie nichtkommerzielle Strukturen des Nachtlebens, zu erhalten.

Massnahmen gegen «Racial Profiling» an der Tür

Türpersonal in Clubs verbindet mit aggressiven und sexuellen Übergriffen oft Personen mit Migrationshintergrund, weshalb diese häufig nicht in Clubs eingelassen werden.[6] Durch eine derart pauschal ablehnende Haltung gegenüber Personen mit bestimmten äusserlichen Merkmalen können Risiken wie Aggressionen und Gewalt verstärkt oder hervorgerufen werden.

Es wird empfohlen, Strategien zu entwickeln, mit denen man der pauschalen und strukturellen Ausgrenzung von Menschen eines bestimmten Phänotyps entgegentreten kann. Für Türpersonal sollte Antirassismustraining in Kombination mit Deeskalationstraining verpflichtend sein.

Massnahmen hinsichtlich Gewalt, sexualisierter Gewalt und Belästigung im Zusammenhang mit Alkoholkonsum und Männlichkeit

Zentrale Risiken, z.B. (sexualisierte) Gewalt, Beleidigungen, sexistische Übergriffe, gehen häufig von alkoholisierten Männern bzw. Männergruppen aus. Ein dringender Forschungsbedarf wird hinsichtlich (sexualisierter) Gewalt im Zusammenhang mit Alkoholkonsum und Männlichkeit gesehen, um Ursachen für dieses Phänomen zu ergründen und geeignete Massnahmen im Umgang mit alkoholisierten Männern und Männergruppen zu entwickeln. Diese Problemlage sollte zudem auch in der Öffentlichkeitsarbeit stärker beleuchtet werden.

Fazit

Das wichtigste Ergebnis des DRUSEC-Konsortiums in Bezug auf Ausgehszenen ist die von praktisch allen relevanten AkteurInnen genannte Einschätzung, dass Alkohol – im Vergleich zu anderweitigem Drogenkonsum – das grösste Risiko für die öffentliche Sicherheit darstellt. Daher sollten sich auch Massnahmen zur Risikominderung in erster Linie auf die Auswirkungen des Alkoholkonsums beziehen. Dies betrifft einerseits Gewalt (die nicht nur, aber schwerpunktmässig von Männern ausgeht und sich oft gegen andere Männer richtet), Belästigungen, Übergriffe o.ä., aber auch mögliche Viktimisierung stark alkoholisierter Personen sowie Vermüllung und andere als abstossend empfundene Erscheinungen, die zumindest das subjektive Sicherheitsgefühl anderer Personen im öffentlichen Raum beeinträchtigen. Hier kann die (Sucht-)Prävention und die Soziale Arbeit v.a. deeskalierend wirken, womit ihnen eine zentrale Rolle zukommt.

Literatur

Gökkaya, H. (2019): Rassismus an Clubtüren: Geschlossene Gesellschaft. Die Zeit vom 12. August 2019. https://tinyurl.com/ympffm62, Zugriff 07.06.2021.

Scheerer, S. (1993): Einige Anmerkungen zur Geschichte des Drogenproblems. Soziale Probleme 4(1): 78-98. https://tinyurl.com/3rcs9b2k, Zugriff 08.06.2021.

Seitz, N.-N./John, L./Atzendorf, J./Rauschert, C./Kraus, L. (2019): Kurzbericht Epidemiologischer Suchtsurvey 2018. Tabellenband: Alkoholkonsum, episodisches Rauschtrinken und Hinweise auf Konsumabhängigkeit und -missbrauch nach Geschlecht und Alter im Jahr 2018. München: IFT Institut für Therapieforschung.

Søgaard, T.F. (2014): Bouncers, Policing and the (In)visibility of Ethnicity in Nightlife Security Governance. Social Inclusion 2(3): 40-51.

Steckhan, S./Werse, B./Prepeliczay, S./Klaus, L./Padberg, C./Germes, M./Auwärter, V./Kamphausen, G./Zielinski, A./Jamin, D./Wandt, J./von der Burg, L./Stöver, H./Schmidt-Semisch, H. (2020a): Handlungsempfehlungen des Forschungsverbunds DRUSEC (Drugs and Urban Security) für Clubszenen, «Feiermeilen» und andere Party-Settings. Frankfurt a. M.: Goethe-Universität, Centre for Drug Research. https://tinyurl.com/y76wszwr, Zugriff 27.05.21.

Steckhan, S./Werse, B./Prepeliczay, S./Klaus, L./Padberg, C./Germes, M./Auwärter, V./Kamphausen, G./Zielinski, A./Jamin, D./Wandt, J./von der Burg, L./Stöver, H./Schmidt-Semisch, H. (2020b): Handlungsempfehlungen des Forschungsverbunds DRUSEC (Drugs and Urban Security) für Städte mit offenen Drogenszenen und Drogenkonsumräumen. Frankfurt a. M.: Goethe-Universität, Centre for Drug Research. https://tinyurl.com/cejf5dzy, Zugriff 27.05.21.

Steckhan, S./Werse, B. (2021): Handlungsempfehlungen des Forschungsverbunds DRUSEC (Drugs and Urban Security) für die Polizei für den Umgang mit Clubszenen, Ausgehvierteln und anderen Party-Settings. Der Kriminalist, im Druck (voraussichtlich Juli/August 2021).

Werse, B./Kamphausen, G./Martens, J. (2020): MoSyD Jahresbericht 2019. Centre for Drug Research, Frankfurt a.M.: Goethe-Universität. https://tinyurl.com/5a76jz3v, Zugriff 08.06.2021.

Endnoten

1 Es wird für Drogen der Begriff «illegalisiert» anstatt «illegal» verwendet, um darauf hinzuweisen, dass die Illegalität bestimmter Drogen eine menschengemachte Entscheidung ist, die vor rund hundert Jahren auf den internationalen «Opiumkonferenzen» mit durchaus fragwürdigen Begründungen beschlossen wurde (Scheerer 1993).

2 In diesem Artikel beschränken wir uns auf eine Auswahl von Empfehlungen für Soziale Arbeit, Prävention, Politik und Gesellschaft. Die ausführlichen Handlungsempfehlungen (Steckhan et al. 2020a) enthalten neben weiteren Empfehlungen für die o. g. Bereiche auch solche für die Strafverfolgung (diese erscheinen demnächst im Fachblatt «Der Kriminalist»; Steckhan & Werse 2021); darüber hinaus existiert ein ausführliches Dokument mit Handlungsempfehlungen für Stadtviertel mit «offenen Drogenszenen» (Steckhan et al. 2020b).

3 Die in den Handlungsempfehlungen erwähnten Forschungsergebnisse sind grösstenteils noch unveröffentlichte Resultate aus dem Forschungsverbund DRUSEC.

4 Die Empfehlungen zu Drug-Checking mögen aus schweizerischer und österreichischer Sicht aufgrund der langjährigen positiven Erfahrungen redundant erscheinen. In Deutschland konnte bis dato, trotz einiger Initiativen auf Landesebene, aufgrund von Blockaden aus Politik und Verwaltung, bislang kein Drug-Checking-Projekt etabliert werden.

5 Die folgenden Ausführungen erfolgen aus Platzgründen in Kurzform; ausführlich sind sie in Steckhan et al. 2020a nachzulesen.

6 Zu diesem Phänomen existieren im deutschsprachigen Raum zahlreiche Berichte von Betroffenen (exemplarisch: Gökkaya 2019), aber unseres Wissens bislang keine wissenschaftliche Erhebung. International ist rassistische Türpolitik auch mit Studien belegt (exemplarisch: Søgaard 2014).